

Regierungschef will 4. Sparpaket zulasten der AHV vermeiden

JAKOB BÜCHEL,
VU-PARTEIPRÄSIDENT

Nervös ist nicht, wie der FBP Präsident meint, die VU, sondern die FBP und ihr Regierungschef. Die operativen Ergebnisse der Finanzplanung 2016–2019 sind durchwegs negativ, obwohl die Erträge zu optimistisch und im Aufwand absehbare Kosten nicht budgetiert sind. Regierungschef Adrian Hasler hat in der Finanzplanung den Beitrag der AHV auf 20 Millionen Franken gesetzt. Das bedeutet eine Reduktion von über 30 Mio. gegenüber dem heutigen Zustand. Dies, ohne darüber diskutiert zu haben, obwohl die VU in ihrer

Immerhin die Hälfte der 13. Rente soll doch noch erhalten bleiben.

Stellungnahme zum Vernehmlassungsbericht einen konkreten Vorschlag eingebracht hat, nämlich, dass der Staatsbeitrag an die AHV dynamisch, je nach Erträgen um die 30 Mio. herum, angesiedelt werden soll. Das wird einfach ignoriert. Richtig ist inzwischen, dass die FBP auf Druck der VU von der Abschaffung der ganzen 13. AHV-Rente abgekommen ist. Der neue Vorschlag des Gesellschaftsministers geht in die Richtung der Abschaffung des



Bild: Rudi Schachenhofer

VU-Parteipräsident Jakob Büchel: «Die FBP ist auf Druck der VU von der Abschaffung der ganzen 13. AHV-Rente abgekommen.»

halben Weihnachtsgeldes. Immerhin, die Hälfte der 13. Rente soll doch noch erhalten bleiben.

Die nachhaltige Sanierung des Staatshaushalts ist gemäss Koalitionsvertrag die Schlüsselaufgabe. Es kann aber nicht sein, dass die AHV so rigoros zur Sanierung des Staatshaushalts herhalten muss. Hätte der Regierungschef beim Doppelbesteuerungsabkommen mit der Schweiz in Sachen Quellensteuer besser verhandelt, müsste jetzt nicht die AHV herhalten. Die VU wehrt sich, den Staatshaushalt weiterhin fast ausschliesslich durch Kürzung von Beitragsleistungen zu sanieren, was vor allem den Mittelstand trifft.

Die Frage sei erlaubt, ob zur kurzfristigen Sanierung des Staatshaushalts die langfristige Sicherheit der AHV aufs Spiel gesetzt werden soll. Anstatt weiterhin Kahlschläge bei den Beitragsleistungen zu vollziehen, wäre es angebracht, sich über Mehreinnahmen den Kopf zu zerbrechen.

Der Vorschlag der VU zur Erhöhung der Mindestertragssteuer wurde jedoch von der FBP abgeschmettert. Will die FBP ein 4. Sparpaket zulasten der langfristigen Sicherung der AHV vermeiden?

In der Rubrik Standpunkt äussern sich Mitglieder des Parteipräsidiums und der Landtagsfraktion der Vaterländischen Union.